

Graphische Stimmen

Organ für Vertretung der Interessen aller in graph. Kunstanstalten, Buchbindereien (und verwandten Berufen) der Papier-, Tapeten- und Farbenbranche beschäftigten gelernten Arbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementpreis 75 Pfg. vierteljährlich. Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Palmstraße 14. Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 4sp. Zeile 20 Pfg. Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg. Für Postbezug: Postamt Köln.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1910.

II.

Weiter suchten im Berichtsjahre die katholischen Fachabteilungen und ihre Freunde mit allem Nachdruck gegenüber den christlichen Gewerkschaften Oberwasser zu bekommen. Ihre seit Jahren in Deutschland gegen die christlichen Gewerkschaften betriebenen Verdächtigungen haben deren Bestand und Entwicklung nicht zu erschüttern vermocht. Im letzten Jahre nun konnte beobachtet werden, wie ausländische Zeitungen sich systematisch an der Verdächtigung gegen die christl. Gewerkschaften beteiligten. Doch auch dieses Beginnen blieb erfolglos. Im Gegenteil: es führte zur authentischen Erklärung einer kirchlich autorisierten Stelle, daß aus religiösen Gesichtspunkten heraus an dem Charakter und der Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaften nichts auszuweisen sei. Die internationalen Intriguanen brachten stets die christlichen Gewerkschaften mit sonstigen Vorgängen innerhalb des katholischen Lagers Deutschlands in Zusammenhang und schrieben über diese das tollste Gerücht. Das hat die sozialdemokratische Presse munter gemacht. Sie schrieb dann, den christlichen Gewerkschaften liege alsbald ein kirchliches Verbot bevor, schon jetzt sei zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen ein gewisser Freundschaftsstand hergestellt, die christlichen Gewerkschaften hätten den „letzten äußeren Rest ihrer Selbstständigkeit“ preisgegeben, sie würden „gegen die wichtigsten Interessen der Arbeiter... kommandiert, für Junker und Schornmader haben sie im Schwert ihre Angefächtes zu wirken“, die Teilnahme an Streiks sei „den christlichen Gewerkschaften verboten“ u. Die kirchlich organisierten Arbeiter haben indes in der Zwischenzeit von der Erfüllung solcher und ähnlicher „Prophezeiungen“ sehr wenig gemerkt. Im Gegenteil: die christlichen Gewerkschaften waren in diesem Jahre wieder an mehr Streiks beteiligt, als ihnen und ihren Mitgliedern lieb war. So wurde die Wirksamkeit zur kräftigsten Waffe gegen alle gegnerischen Unterstellungen.

Zu den übrigen konfessionellen Arbeitervereinen insbesondere zu dem Verbande der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, ist das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften ein andauernd gutes. Der letztere Verband hat im Herbst 1910 eine Nummer seines Verbandsorgans („Westdeutsche Arbeiterzeitung“) zu einer Agitationsnummer für die christlichen Gewerkschaften ausgestaltet und darin den Arbeitervereinsmitgliedern in einer sehr ernsten und eindringlichen Sprache ihre Pflichten gegenüber den christlichen Gewerkschaften auseinandergesetzt. Wägen sich daher die christlichen Gewerkschaftler auch in freier Zeit dem Maße ihrer Aufgaben gegenüber den konfessionellen Arbeitervereinen bemüht werden, damit die Geschlossenheit der Organisationen im christlichen Arbeiterlager immer mehr zur Wirklichkeit werde. Denn diese wird immer mehr zur Notwendigkeit im Hinblick auf das einheitliche Zusammenwirken der einzelnen Organisationen im sozialdemokratischen Lager. — Auch zwischen einer größeren Anzahl konfessioneller Jugendvereine und den christlichen Gewerkschaften ist in letzterer Zeit eine bessere Verbindung hergestellt worden. Diese weiter zu pflegen, müssen sich die christlichen Gewerkschaften in den verschiedenen Bezirken nachdrücklich angelegen sein lassen, wie auch die älteren Mitglieder der christlichen Gewerkschaften der Jugend bei den verdienstlichen Gelegenheiten sich besser annehmen müssen.

Schließlich noch ein Wort zur letzten Ruhrbergarbeiterbewegung. Nachdem der sozialdemokratische Knappschäfts- und Sicherheitsmännerwahl einen größeren Erfolg erzielt und nach diesen Wahlen von einem Zusammenbruch des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter geträumt und von Massenübertritten zum sozialdemokratischen Verband zu berichten gewußt hatte — was sich nachträglich als Illusion herausstellte, da der sozialdemokratische Bergarbeiterverband in 1910 überhaupt nur um wenige Mitglieder zunahm — trat er wenige Wochen später an den Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter heran und suchte eine gemeinsame zu inszenierenden

Vorbewegung. Der Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter lehnte indes ein gemeinsames Vorgehen aus den verschiedensten Gründen ab.

Zunächst bestand keinerlei Gewähr dafür, daß die Bewegung nicht wieder zum Streik ausartete. Die Mitglieder des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes an der Ruhr sind größtenteils bei Bewegungen unberechenbar. Sie erweisen sich, nachdem sie einmal ausgepeitscht sind, den Einflüsterungen der sozialdemokratischen Parteipresse und sonstiger Kadifalinsten viel zugänglich, als vernünftigen gewerkschaftlichen Erwägungen. Bei einem gemeinsamen Vorgehen bestand die große Gefahr, daß diese Leute unter dem Einfluß der Einigkeitssuggestion sich wieder über alle Vernunftgründe hinwegsetzten und man so eines Tages wieder vor einem unvorbereiteten, großen und aussichtslosen Kampf stand. Die sozialdemokratische Parteipresse des Ruhrreviers hätte in solcher Situation zweifellos wieder, wie 1905, das Ihrige getan. Dazu kam noch, daß auf einer Seite, ohne Zustimmung der sozialdemokratischen Verbandsleitung, die Arbeit bereits niedergelegt war — genau wie 1905. Der Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter sagte sich in solcher Situation: es muß endlich einmal aufhören, daß die Ruhrbergarbeiterbewegung stets von außerhalb der Gewerkschaftsbewegung herbeigeführt wird. Daraufhin wurde gegenüber dem Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter und der gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung seitens der Sozialdemokratie ein gewaltiger Beschuldigungsinventar, der indes an den christlichen Bergarbeitern wirkungslos abprallte. Bei einer vorgenommenen Urabstimmung haben sich die kirchlich organisierten Ruhrbergleute fast einstimmig, und zwar mit 44 055 gegen 86 Stimmen, mit der Forderung der Gewerkschaftsleitung einverstanden erklärt. Nachträglich mußte dann die gleiche sozialdemokratische Verbandsleitung, die unausgeseht den Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter als bedeutungslos hingestellt hatte, die Bewegung als resultatlos vertagen mit der beschämenden Motivierung: weil der (früher als „bedeutungslos“ verschrieene) Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter nicht mitgemacht habe!

Mitgliederverhältnisse.

Die verschiedensten Anfeindungen, denen die christlichen Gewerkschaften in 1910 ausgesetzt waren, haben deren Entwicklung und das Vertrauen der christlichen Arbeiter zu ihnen nicht zu beeinträchtigen vermocht. Die langjährige Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaften liegt einerseits offen zu Tage und andererseits stellen die christlichen Gewerkschaften keinen planlos zusammengelaufenen Haufen beliebiger Arbeiter dar, sondern umfassen meist Mitglieder mit festen und geklärten Grundanschauungen, die auch bei Stürmen nicht wankelmütig werden und ihre Sache zu vertreten wissen. Mit dieser Tatsache sollten sich allmählich auch die verschiedensten Gegner der christlichen Gewerkschaften abfinden; sie können sich bei deren Beachtung sehr viel Zeit und Arbeit sparen.

Im Jahresdurchschnitt 1910 zählten die christlichen Gewerkschaften 295 129 Mitglieder gegen 270 751 im vorausgegangenen Jahre, was eine Zunahme von 24 378 = 9% bedeutet. Bis zum Schlusse des Jahres 1910 dagegen stieg die Mitgliederzahl auf 316 115 gegen 280 061, so daß in Wirklichkeit die Mitgliederzunahme der christl. Gewerkschaften in 1910 36 054 = 12,8% betrug.

Die Mitgliederentwicklung der christl. Gewerkschaften im letzten Jahrzehnt wird durch folgende Ziffern veranschaulicht. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschluss:

Jahr	Mitgl.	Jahr	Mitgl.
1901	84 497	1906	260 040
1902	84 067	1907	284 649
1903	91 440	1908	260 767
1904	118 917	1909	280 061
1905	191 690	1910	316 115

Der Rückgang im Jahre 1908 ist eine Erscheinung, die sich bei allen deutschen Gewerkschaftsgruppen bemerkbar machte und die auf die damalige wirtschaftliche Depression zurückzuführen ist. In 1911 hat die günstige Entwicklung vom Vorjahre ebenfalls angehalten; in den ersten fünf Monaten dieses Jahres hatten die christlichen

Gewerkschaften eine weitere Zunahme von ca. 30 000, so daß ihr gegenwärtiger Mitgliederbestand sich zwischen 340 000 und 350 000 bewegt.

An der Mitgliederzunahme waren vom Jahresdurchschnitt zum Jahresdurchschnitt folgende Organisationen beteiligt: deutsche Eisenbahnarbeiter 7146, Textilarbeiter 4492, Metallarbeiter 4437, Bergarbeiter 3404, Württembergische Eisenbahner 2317, Holzarbeiter 1304, Tabakarbeiter 1234, Lederarbeiter 536, Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiter 530, Kellner 449, Schneider 305, Keramarbeiter 321, Raler 271, Gutenbergbund 102, Gärtner 37, Grapfischer Zentralverband 31, Krankenpfleger 12. Einen Mitgliederverlust hatten diese Verbände zu verzeichnen: Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter 1005, Bayerische Eisenbahner 586, Bauarbeiter 370, Heimarbeiterinnen 388, Telegrafensarbeiter 212. Der Verlust ist zurückzuführen bei dem Verbanne der Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter auf innere Schwierigkeiten, bei den Bayerischen Eisenbahnern auf den Umstand, daß im Berichtsjahre sehr viele Arbeiterentlassungen in den bayerischen Eisenbahnbetrieben erfolgten, und bei den Bauarbeitern hat die große Bewegung des verfloffenen Jahres hemmend gewirkt.

Bei einem Vergleich der Mitgliederziffern am Jahreschluss haben die einzelnen Verbände gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres folgende Zunahmen zu verzeichnen: Metallarbeiter 9061, Textilarbeiter 8869, deutsche Eisenbahnarbeiter 1824, Bergarbeiter 1121, Lederarbeiter 2095, Tabakarbeiter 1824, Bergarbeiter 1121, Lederarbeiter 906, Nahrungsmittelindustriearbeiter 856, Kellner 700, Württembergische Eisenbahner 681, Schneider 497, Raler 304, Bauarbeiter 182, Gutenbergbund 114, Gärtner 90, Keramarbeiter 85, Grapfischer Zentralverband 65, Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter 48, Krankenpfleger 4. Einen Mitgliederverlust hatten, gerechnet von Ende 1910 zur gleichen Zeit des Vorjahres: Bayerische Eisenbahner 1050, Telegrafensarbeiter 207 und Heimarbeiterinnen 108. An der Aufwärtsbewegung in diesem Jahre sind wieder alle Verbände beteiligt; hoffentlich und vorausichtlich hält die Mitgliederzunahme auch in der zweiten Jahreshälfte an. Die christliche Gewerkschaftsbewegung befindet sich also gegenwärtig auf dem Marsche zum vierten Hunderttausend gewerkschaftlicher Streiter. Dieser Vormarsch darf und wird bei allseitiger Pflichterfüllung in der Agitation keine Unterbrechung erleiden.

Kassenverhältnisse.

Noch befriedigender als die Mitgliederentwicklung haben sich in den letzten Jahren die Kassenverhältnisse der christlichen Gewerkschaften gestaltet. In diesen war eine feste Steigerung zu beobachten, was aus folgenden Ziffern hervorgeht. Es hatten die christlichen Gewerkschaften Einnahmen, Ausgaben und Vermögen in den Jahren:

Jahr	Einnahme M.	Ausgabe M.	Vermögen M.
1901	395 387	209 533	197 592
1902	468 910	328 456	325 086
1903	678 252	552 447	455 970
1904	884 517	711 640	690 874
1905	2 443 122	2 150 511	1 249 406
1906	3 378 833	2 709 260	2 370 782
1907	4 311 495	3 193 978	3 487 784
1908	4 394 745	3 556 224	4 513 409
1909	4 612 920	3 843 504	5 365 388
1910	5 490 994	4 916 270	6 113 710

Die Einnahmen stiegen somit in 1910 gegenüber dem Vorjahre von 4 612 920 M. auf 5 490 994 M., die Ausgaben von 3 843 504 M. auf 4 916 270 M., während sich der Vermögensbestand von 5 365 388 M. auf 6 113 710 M. erhöhte. Die einzelnen Einnahme- und Ausgabeposten betragen demnach:

Einnahmen:		1910	1909
		M.	M.
Aufnahmegebühren	46 423		34 817
Beiträge	4 749 641		4 143 104
Extrabeiträge	273 916		28 986
Sonstige Einnahmen	421 014		397 301

Ausgaben:

	1910	1906
Verbandsorgan	429 039	404 050
Agitation	585 596	448 218
Streiks- und Gemahregelungen	1 230 500	489 023
Reise- und Arbeitslosenunterstützung	165 461	195 536
Krankengeld	634 489	647 728
Sterbegeld	205 013	197 089
Rechtschutz	114 756	146 497
Sonstige Unterstützungen	31 576	27 605
Gebäude	137 006	117 059
Betriebsausgaben	204 145	198 452
Bibliothek und sonstige Bildungszwecke	146 908	39 236
Beitrag an den Gesamtverband	48 533	52 526
Anteil der Votallisten	818 075	717 440
Sonstige Ausgaben	159 193	150 150

Die Einnahmen an Aufnahmegebühren haben sich sonach gegenüber dem Vorjahre um 11 000 M. erhöht, während die regelmäßigen Beiträge eine Steigerung von 606 537 M. erfahren. An Erwerbsbeiträgen wurden um 249 930 M. mehr vereinnahmt als im Vorjahre, während der Posten „Sonstige Einnahmen“ nur eine geringe Erhöhung erfuhr. Bei dem Ausgabeposten fällt insbesondere die gemaltige Steigerung der Streiks- und Gemahregelungen auf; sie ist in der Hauptsache auf den großen Kampf im Baugewerbe, der sich im Berichtsjahre abspielte, zurückzuführen. Die Aufwendungen für Reise- und Arbeitslosenunterstützung sowie für Krankengeld haben eine kleine Verringerung erfahren, was auf den flotteren Geschäftsgang des Jahres 1910 gegenüber dem des Jahres 1909 zurückzuführen ist. Aus den für Unterstützungsarbeiten gemachten Aufwendungen in den einzelnen Jahren im letzten Jahrzehnt geht der allmähliche Ausbau des Unterstützungswezens innerhalb der christlichen Gewerkschaften klar hervor; es wurden an Unterstützungen ausgezahlt:

Jahr	Insgesamt	Streiks- und Gemahregelungen	Sonstige Unterstützungen
1901	99 398	75 277	24 221
1902	128 111	88 626	39 485
1903	202 728	155 030	47 698
1904	211 215	133 362	77 853
1905	1 238 321	1 000 320	238 001
1906	1 364 105	853 435	510 670
1907	1 451 748	743 270	708 478
1908	1 401 885	424 992	976 893
1909	1 708 473	489 023	1 214 450
1910	2 998 775	1 289 500	1 709 275
Summa 10 Jahre	10 189 260	6 202 735	4 986 527

Größere Beiträge wurden somit erst mit dem Jahre 1906 für Unterstützungen verausgabt; seit dieser Zeit ist, von kleinen Abweichungen abgesehen, eine feste Steigerung der Aufwendungen für Unterstützungen zu beobachten.

Im Beitragswesen ist im Verlaufe des Berichtsjahres eine wesentliche Minderung nicht zu vermerken, wir haben mehrere Verbände für die jugendlichen Arbeiter besonders der Metallarbeiter mit möglichst niedrigem Beitrag (meist wöchentlich 10 Pfg.) eingeführt, um den jugendlichen Arbeitern den Eintritt zu erleichtern. Mit diesem Beschluß wurden verschiedentlich schon bis jetzt gute Erfahrungen gemacht; in einzelnen Verbänden haben sich jugendliche Arbeiter schon zahlreich zur Mitgliedschaft gemeldet. Im Uebrigen ist meist der Staffeibeitrag eingeführt und zwar dergestalt, daß die Arbeitergruppen mit bestem Auskommen den höheren Beitragsklassen angehören haben, während die schlechter entlohnten sich niedrigeren Beitragsklassen wählen können. Selbst in jenen Verbänden, in denen naturgemäß der Einheitsbeitrag besteht, ist in Wirklichkeit ein Staffeibeitrag eingeführt, weil die einzelnen Ortsgruppen Zuschläge erheben, deren Höhe sie selbst bestimmen können und die zwischen 5 und 50 Pfg. wöchentlich schwankt. Im Holzarbeiterverband beträgt der naturliche Beitrag 50 Pfg. wöchentlich; in einer größeren Anzahl von Häufnissen — meist in den größeren Städten — werden indes Wochenbeiträge von 30 Pfg. und selbst von 1 M. entrichtet.

Die neue Reichsversicherungsordnung.

Die Hinterbliebenenversicherung.

Diese Versicherungsart wird ganz neu eingeführt. Sie ist ohne Beispiel in der bisherigen Sozialversicherung aller Länder der Welt. Bei der deutschen Unfallversicherung besteht ja schon eine gewisse Versicherung der Witwen und Waisen, deren versicherter Ernährer durch einen Unfall zu Tode kommt. Nun wird die Hinterbliebenen-Versicherung aller bei Invalidenversicherung versicherter durchgeführt und mit der Invalidenversicherung verbunden. Durch die Reichsversicherungsordnung wird also neu eingeführt:

1. Eine Witwenrente an die erwerbsunfähigen Witwen, für deren Ehemann bei dessen Tode die Wartezeit für die Invalidenrente erfüllt war.
2. Waisenrente an hinterlassene eheliche Kinder bis zu deren 15. Lebensjahr unter den gleichen Voraussetzungen.
3. Ein Wittwengeld an die Witwe, die im Zeitpunkt der Fälligkeit der Witwenrente selbst versichert gewesen ist und durch eigene Beitragsleistung die Wartezeit für die Invalidenrente erfüllt und die Anwartschaft aufrecht erhalten hat.
4. Eine Waisenausksteuer an die Kinder der Witwe, die zur Zeit der Vollendung des 15. Lebensjahres der Kinder durch eigene Beitragsleistung die Wartezeit für die Invalidenrente erfüllt hat.

Die Witwenversicherung ist nicht so ausgefallen, wie manche sie erwartet haben. Nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, die vom Reichstag in Fassung der Regierungsvorlage angenommen wurden, erhalten nicht etwa alle Witwen verstorbener Versicherten eine Rente, sondern nur die Witwen, die selbst dauernd invalide sind, nach dem Tode ihres versicherten Mannes. Die Ursache dieser nicht ganz befriedigenden Lösung der Witwenversicherung ist nicht etwa böser Wille des Gesetzgebers, sondern wiederum der Kostenpunkt. Der Staatssekretär des Innern legte in der Kommission und im Plenum des Reichstags dar, daß die Kostenfrage einer sehr eingehenden Prüfung unterzogen worden sei, und die Regierung einer über die Vorlage hinausgehenden Belastung entgegenzutreten müßte, daß in Rücksicht auf das Reich und unsere Produktion deren Leistungsfähigkeit erhalten werden müsse. Durch die Vorlage werde das Reich um 28 Millionen, die Gesamtheit um 130 Millionen neu belastet, kein Land der Welt habe eine solche, bis in die Einzelheiten durchgeführte Arbeiterversicherung, wie wir. Ihre Leistungen hätten bis 1908 den Betrag von acht Milliarden M. überstiegen. Alle Wünsche, insbesondere die vielen Wünsche auf dem Gebiete der Sozialpolitik, zu befriedigen, sei einfach unmöglich. Bei diesem Widerstand und den entgegenstehenden Schwierigkeiten kam eine Erweiterung der Vorlage nicht zustande.

Wie oben schon dargelegt, handelt es sich bei der Hinterbliebenen-Versicherung um einen Komplex von Versicherungs- und Unterstützungsmöglichkeiten: zunächst Witwenrente. Diese wird nur der Witwe gegeben, die vor oder nach dem Ableben des versicherten Ehemannes invalide geworden ist. Als invalide gilt die Witwe, die nicht invalide ist, durch eine Tätigkeit, die ihren Kräften und Fähigkeiten entspricht und ihr unter billiger Berücksichtigung ihrer Ausbildung und bisherigen Lebensstellung zugemutet werden kann, ein Drittel dessen zu erwerben, was fürerlich gesunde Frauen derselben Art und ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. Der Begriff der Invalidität unterscheidet sich von jenem der Versicherten selbst nur insoweit, als nicht der bisherige Beruf der Witwe, sondern die bisherige Lebensstellung für die Bemessung des Drittels (nach § 1240) maßgebend ist.

Auch die bisherige Lebensstellung ist mitbestimmend bei der Bemessung von Rente. Es sind vor Eintritt der Invalidität nicht alle Witwen erwerbstätig gewesen. Es gibt glücklicherweise viele Frauen, die nur im Haushalt tätig sind. Für diese kann als Vergleichsmaßstab für die Erwerbsmöglichkeit nicht der bisherige Beruf herangezogen werden, denn sie waren ja in einem solchen nicht tätig. Bei der Witwe eines Tagelöhners wird als Maßstab der Verdienst eines Tagelöhners angenommen werden können. Kann die Witwe nicht mehr den dritten Teil davon verdienen, erhält sie die Rente; handelt es sich um die Witwe eines höher gelohnten Beschäftigten, so wird zu untersuchen sein, ob sie unter Berücksichtigung der Lebensstellung des verstorbenen Mannes die Tätigkeit einer Köchin, Wirtschafterin usw. übernehmen kann; wenn nicht, wird ihr die Witwenrente zu gewähren sein.

Es handelt sich also hier um eine Witweninvalidenrente. Ist die Frau eines Mannes auf Grund einer versicherungspflichtigen Beschäftigung selbst versichert, oder hat sie sich weiterversichert und die Anwartschaft auf die Invalidenversicherung aufrechterhalten, so erhält sie im Falle der Invalidität die Invalidenrente. Diese ist immer höher als die Witwenrente. Damit aber die selbstversicherte Frau nicht benachteiligt werde, bekommt sie beim Tode ihres Mannes, auch dann, wenn sie nicht invalide ist, Wittwengeld. Dieses besteht in einer einmaligen Barauszahlung in Höhe des zwölften Jahresbeitrages der berechneten Witwenrente. Sind Kinder vorhanden, so wird beim Tode des Mannes einer gleichfalls versicherten Frau auch eine Waisenausksteuer im doppelseitigen Betrage der Waisenrente bezahlt.

Waisenrente erhalten nach dem Tode des versicherten Vaters seine ehelichen Kinder unter 15 Jahren und nach dem Tode einer Versicherten ihre waiselosen Kinder unter 15 Jahren. Als waiselos gelten auch uneheliche Kinder.

Nach dem Tode eines Versicherten mit Familie und Kindern unter 15 Jahren wird also vom 1. Januar 1912 ab Waisenrente bezahlt, unabhängig davon, ob die Mutter selbst versichert ist oder nicht. Wird die Mutter invalide, so kommt ihre Rente dazu.

Die Höhe der Renten der Hinterbliebenen richtet sich nach der Lohnklasse, in welcher der verstorbene Vater versichert war, sowie nach der Zahl der verstorbenen Waisen. Als Zuschlag gewährt das Reich 50 Mark für jede Witwenrente, 25 Mark für jede Waisenrente; 50 Mark für jedes Wittwengeld, 16 $\frac{1}{2}$ Mark für jede Waisenausksteuer. Dazu kommt der Grundbetrag der Versicherungsanstalt und die Steigerung nach der Zahl der gelebten Waisen. Eine Witwe mit zwei Kindern würde jährlich an Witwen- und Waisenrente erhalten:

	nach 500 Wochen	nach 2000 Wochen
in der I. Lohnklasse	135 Mark	158 Mark
in der V. " "	178 " "	261 " "
Bei vier Kindern beträgt die Gesamtenrente:		
	nach 500 Wochen	nach 2000 Wochen
in der I. Lohnklasse	180 Mark	213 Mark
in der V. " "	263 " "	328 " "

Es ist der Anfang zu einer Hinterbliebenen-Versicherung gemacht, das ist das Erstuliche. Die Renten sind ja recht bescheiden; man wird aber in nicht allzuferner Zukunft an einer Erhöhung derselben rechnen dürfen. Der Kapitalwert der Belastung des Reiches durch die neue Hinterbliebenen-Versicherung beträgt immerhin die große Summe von drei Milliarden Mark. Die Sozialdemokraten, welche auch diese Versicherung ablehnten, haben eine große Schuld auf sich geladen; sie haben die Hand aufgehoben zum Schlag gegen die Witwen und Waisen. Das wird ihnen ungerne bleiben.

Die internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden.

Eine ungewöhnliche Art unserer Anstellungen gar nicht annehmen. Warum nicht früher! möchte man ausrufen beim Eindringen in die in ihrer Gesamtheit hier zur Schau stehenden Materie. Nicht des Nutzens wegen den der Einzelne, der in diesen Gassen mit offenen Augen wandert, davon hat, sondern der Konsequenzen wegen, die diese Ausstellung zwingenderweise nach sich ziehen muß. Es gibt der Krankheiten so viel am Volke, die hier in plastischer und drastischer Art uns vorgeführt werden, zugleich aber auch die Mittel zu ihrer Abwehr und Bekämpfung. Wer irgendwie Verantwortung für andere Menschen trägt, mag sie in dem Zwang des Berufes oder auf eigenem Pflichtgefühl beruhend, wird manche Stimme aber trotzdem um so berebere Anlage aus diesen plastischen Darstellungen, Zahlen und Tabellen mit Recht auf sich einwirken lassen. Nur ein ganz hartes Gewissen kann sich dem entziehen. Und so wird der hier aufgetreute Samen draußen seine Wirkung tun, er wird Praxis und Leben erwerben, und dafür bürgt denfalls Pflichtgefühl, zur höchsten Vollkommenheit ausgebaut werden. Um die Bahn zu solchem Tun leichter zu ebnet, wäre es wünschenswert, diese Ausstellung, zum mindesten einzelne Teile davon, möchte einen Rundgang durch Deutschland, in erster Linie in die dichtbesiedelten Zentren, nehmen. Denn der übergroßen Masse ist die Beschäftigung aus Mangel an Zeit und Geld ja nicht möglich. Besser aber als hundert der schönsten theoretischen Vorträge wirkt ein Rundgang durch die Ausstellung mit praktischen Erläuterungen, damit den Laien Ursachen, Zusammenhänge und Abhilfsmittel klar werden. Die große Masse würde damit der Abstellung fähiger Zustände und zweckmäßiger Reformen viel leichter zugänglich gemacht werden.

Was ist Hygiene? Wir verstehen darunter die Lehre von der Erhaltung und Pflege menschlicher Gesundheit und Wohlbefindens. Diese Kenntnis will uns die Hygiene-Ausstellung vermitteln, will sie populär machen, und so stellt sie uns als erste Frage, was ist der Mensch, wie legt er sich zusammen, wie ist sein Aufbau, welches sind die zweckmäßigsten Lebensformen für ihn, welches sind seine Feinde und wie bekämpfen wir diese? Da sehen wir den wunderbaren Aufbau des menschlichen Körpers, wie jeder einzelne Teil seine bestimmte Funktion hat, die bei nicht richtiger Übung entweder seine Verklümmung oder Mißbildung zur Folge hat. Erstaunt, ja entsetzt wird mancher sein, wenn er den Riesenglasbehälter, gefüllt mit roter Flüssigkeit, Blut darstellt, sieht, mit der Aufschrift, diese Menge Blut treibt das Herz halbtägig durch den menschlichen Körper; 200 Liter in der halben Stunde. 5 Liter Blut hat der Mensch, etwa $\frac{1}{10}$ seines Gewichtes, und dieses muß das Herz, von dem es später gesagt wird, daß es, wenn es gesund ist, nicht größer wie eine Faust sein darf, 73 mal durch den Körper jagen. Dieser kleine Gegenstand, und eine so gewaltige Leistung, die bei körperlicher Anstrengung noch bedeutend vermehrt wird. In einem Gummiball an einer drei Meter hohen Glasblase kann man sich von dem Druck überzeugen, den das Herz zu überwinden hat, etwa $\frac{1}{10}$ Atmosphäre. Daraus ergibt sich, daß man seinem Herzen nicht mehr zumuten darf, als es vertragen kann, und durch unzulässige Lebensweise vor krankhaften Veränderungen, wie sie uns in dem sogenannten Sclerotischen usw. vorgeführt werden, zu bewahren.

In gesundem und kräftigem Zustande schauen wir die inneren oberen Organe, auch welchen Einfluß die Berufsarbeit auf diese ausübt. Die Lunge eines Bergmanns erhält durch den eingeatmeten Kohlenstaub eine schwarze Färbung, auch beim Städter tritt dies mit zunehmendem Alter in Erscheinung. Die Lunge des Eisenhüttenarbeiters nimmt eine helle rotebraune Färbung an, da die eindringenden Eisensteine sich festsetzen und verstopfen. Die Lunge des Tabakarbeiters zeigt graubraune Färbung, ähnlich der des Tabaks. Was kann abgesehen von unglücklichen Beispielen. Die Nieren, Leber, der Magen und die übrigen Gedärme, denen die Verarbeitung der zugeführten Speisen, die Ueberleitung der edlen Säfte ins Blut und die Ableitung der schlechten, obliegt, immer etwas ins andere greifend in wunderbarer Anordnung. Das Gehirn, diese Telephonzentrale des Menschen, in dem jeder einzelne Teil mit einem anderen Abschnitte in Verbindung steht und ihm unter bewusster Willensleitung den Auftrag zur Ausführung irgend einer Handlung gibt. Das menschliche Auge und seine Kräfte. Die Gesichtsbildung, warum wir zwei Augen haben usw. Der Knochenbau des Menschen und die Stärke der Knochen. 1 Mann Knochen trägt ein bedeutend höheres Gewicht als 1 Mann Eisenholz. Zum Knacken eines Jammers notwendig eine Kraft im Gemichte eines Jammers notwendig.

Licht, Luft, Nahrung, entsprechende Bekleidung, um den Menschen gesund und stark zu erhalten. In ruhender Pose wird das an Pflanzen demonstriert. Im Dunkel stehen sie ab, in schlechtem Licht zeigen sie ein kümmerliches Aussehen, nur bei vollem Licht gedeihen sie gut. Im dunklen Räume mit feilendem Licht, streben sämtliche Pflanze nach dem Licht. Und es wird uns auch in anschaulicher Weise vordemonstriert, daß die Pflanzen atmen, daß damit das Eindringen der Feuchtigkeit verbunden ist, und wie die Sonne die schnell eindringende Feuchtigkeit nur auf oberflächlichstem Wege ihr wieder entziehen kann. Der Kreislauf in der Natur, zur Bildung der Grundlage der Existenz von Pflanzen, Tieren und Mensch, zeigt uns die wunderbare Anordnung des Schöpfers, der aber allem schwebt, alles erhält und regiert.

Wenn Atmen durch die Nase wird die Luft von oben Grad auf 32 erwärmt, außerdem hält sie viel Staub von Eindringen durch die übrigen Luftwege, in die Lunge gerät. Ein Jürgereig, wie man atmen soll, um sich von Erkältungen der Luftwege und inneren Organen, von anderen Krankheiten zu schützen. Die Gesundheit der Luft ist von den Wasserverhältnissen, der Nahrungsmittel

der Art wie man sie arbeiten läßt, in hohem Maße abhängig. Je härter das Wasser, desto gesünder für die Zähne; bei Hartbroteffern erkrankten 6,9, bei Durchschnittsbroteffern 12,9 und bei Weichbroteffern 20,9. Beim Uebergang vom Hart- zum Weichbrot verschlechtern sich die Zähne. Am meisten erkrankten die Zähne bei denjenigen, die seines Gebäts und Säuregehaltes geseh; daher die ältere Erkrankung der Zähne bei Zuderbäckern, Bäckern, Köchen, Köchen und Kaffeebäckern mit feinerer Lebensweise. Auch der Alkoholismus schädigt die Zähne. Der Zahnschleim im Munde mit gefundenen Zähnen enthält nur wenig Bakterien, bei schlechten mehr, die Krankheiten hervorzurufen können.

Die natürlichste Grundlage für die Gesundheit des Menschen ist die Tätigkeit in frischer, freier Luft. Die Sterblichkeitstabellen sowie die der Militärtauglichkeit sagen uns dies immer laut und deutlich. So erklärt uns eine Tabelle, daß, wenn man die Zahl der Soldaten, und die in einer Berufsgruppe tätigen Väter nach ihrer Zahl stellen müßte, gleich 100 legt, dann hätten in 1906 die Hand- und Forstwirtschaft 121, die Freilichtberufe 116,58, Bergbau und Salinarbeiten 107,93, Zertifikatsbesitzer 67,07 und die Hüttenindustrie 50,30 gestellt. Im gleichen Verhältnis ständen Landgemeinden bis zu 200 Einwohnern 114, Landgemeinden von 2-5000 91, Kleinstädte von 5000-10000 86, Mittelstädte von 20000 bis 100000 83 und Großstädte mit über 100000 Seelen 65 Soldaten. Da unsere gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die Art des Berufes, die Tätigkeit in freier Luft noch nur zu einem Teil gestattet, ist es notwendig, ihnen Ausgleich für den entstehenden Schaden zu schaffen. Aber auch für den, der im Freien arbeitet, ist die Beobachtung einer Reihe von Grundregeln notwendig, da auch das Gute leicht ins Gegenteil verandelt werden kann.

Der großjurige Buchbinderverband und die Nachwehen von 1906.

In Nr. 27 der „Buchbinderzeitung“ wird wieder einmal versucht, die Existenzberechtigung unseres Verbandes zu verneinen, indem man die Zahlen der Rechenschaftsberichte gegenüber stellt. In den früheren Jahren wurde seitens der ersten Partei die Lage verbreitert, unser Verband gebe keine Rechenschaftsberichte heraus und somit die Überrechnungen im Verbandsvorstand und Zentralblatt verdeckelt wurden, glaubte man jezeit in möglichst großjuriger Form dem „Buchbinderverband“ ein Loblied zu singen und unseren Verband zu verkleinern und zu verächtigen. Nicht die Zahlen der gleichen Jahre des Bestehens stellt man einander gegenüber, sondern man übergeht die Jahre der Anfangsentwicklung des roten Verbandes und stellt die Zahlen einer mehr als 25jährigen Geschichte unserem erst 1904 ins Leben getretenen Verbande gegenüber.

Das die „Buchbinderzeitung“ jetzt wieder die Gelegenheit benutzt, um durch Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben der beiden Verbände und Verrechnung der Ausgaben pro Mitglied, den von ihr stets so würdig vertretenen Verband im bescheidenen Maße erstrecken läßt, können wir derselben nach all den traurigen Erfahrungen, welche dem großjurigen „Buchbinderverband“ in den letzten Jahren beschieden waren, nicht verzeihen. Der im Jahre 1885 gegründete sozialdemokratische „Buchbinderverband“ trat mit 25 örtlichen Vereinen und 1800 Mitgliedern in Wirklichkeit. Auf dem Verbandstage 1887 in Gotha zählte derselbe 1260 Mitglieder und hatte ein Vermögen von 2861,98 M. 1889 in Hannover 1600 Mitglieder und 9000 M. Vermögen. Nach über 30jährigem Bestehen zählte er 2811 Mitglieder und 18758 M. Vermögen.

Die Entwicklung des „Buchbinderverbandes“ war also keineswegs in der Anfangsgeschichte eine bedeutende, zumal er keinerlei Konkurrenz hatte und seine wirtschaftlichen Erfolge der damaligen Zeit waren mit Ausnahme von Berlin, Leipzig, Stuttgart, gleich Null. Selbst noch auf dem Verbandstage in Nürnberg führten die Delegierten der Provinz bittere Klagen, daß die Gelber des Verbandes fast ausschließlich für die 3 Vertragsstädte verbraucht wurden.

Unser Verband ist seinen Aufgaben in jeder Beziehung gerecht geworden und die Buchbinderzeitung ist nicht in der Lage nachzuweisen, daß die Interessen unserer Mitglieder weniger erfolgreich vertreten worden wären. Im Gegenteil, wenn sie den Anspruch auf Obliegenheit erhebt, dann muß sie zugeben, daß in vielen Orten, wo der rote Verband jahrgentlang allein herrschend war, erst dann fruchtbringend die Tarifpolitik einsetzte, als Jahrestellen unseres Verbandes entstanden.

In den Verhandlungen des „Buchbinderverbandes“ geht man gerne dazu über, unsere Tarife als minderwertig hinzustellen, aber auch man schreibt: dieser oder jener Abschluß hätte besser sein können, wenn die Christlichen nicht mitbeteiligt gewesen wären. Diese, den Stempel des Lüge in sich bergenenden Auslassungen werden am besten dadurch widerlegt, wenn Vergleiche angestellt werden zwischen den Abschlüssen in der Provinz, welche allein vom roten Verband im Gegensatz zu jenen, die mit Christlichen oder von diesen allein abgeschlossen wurden.

In den von uns allein abgeschlossenen Verträgen ist das Wochenlohnsystem mit Feiertagsbezahlung durchwegs garantiert, und zum mindesten wurden 28 M. Minimallohn erreicht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die vertriebenen Abschlüsse fast durchwegs in kleineren Städten schon vor Jahren festgelegt wurden und sich bereits wieder in Revision befinden. Hat der sich stets so mächtig aufspielende Buchbinderverband in gleich getarnten Orten mehr erreicht? Wir sagen nein und erkennen nur an die großartigen Tariffolge in Sachsen, wo die Gewerkschaft das Best in der Hand haben. Die Tarife

von den Großstädten Dresden und auch Nürnberg sind sicher nicht dazu angetan, damit zu prunken; im Gegenteil, sie dienen den Arbeitgebern als Schema bei tariflichen Verhandlungen. Gäte man bei dem Abschluß in Würzburg den geringsten Vertrag unseres Verbandes in seinen Lohnsätzen als Muster durchsetzen können, statt, daß uns sorgfältig zur Arbeitgeberseite der Nürnberger Vertrag unter die Nase gehalten wurde, dann wäre die Arbeiterchaft sicherlich materiell besser befriedigt worden.

Der Größenwahn des sozialdemokratischen Buchbinder-Verbandes zeigt sich recht drastisch dadurch, indem man bei Gegenüberstellung von Zahlen die frühere, ungünstigere Entwicklungszeit übergeht, dafür aber nur jene Zeit mit ins Feld führt, wo der rote Verband bereits schon erstarkt war und demzufolge ganz selbstverständlich ein günstigeres Resultat herauskommt. Aber selbst dieser Kniff genügt der roten Partei noch nicht, sondern sie geht noch dazu über, eine ganz gemeine Mißverständigung zu geben, indem sie bei der Gegenüberstellung der Mitgliederzahlen nach Prozenten dem roten Buchbinder-Verband 10000 Mitglieder mehr zuzählt, als er in Wirklichkeit am 31. März 1906 hatte. Derartige Manipulationen zeigen, was man von den Berechnungen der Buchbinderzeitung zu halten hat.

Der „Buchbinderzeitung“ fällt es nicht ein, ihren Lesern mitzuteilen, was der Buchbinderverband laut Statut und Beitragsleistungen im Gegensatz zu unserem Verbande für Unterstüngen gewährt, sondern sie stellt die ausgezahlten Summen einander gegenüber und es kommen dann auch auf den Kopf des Mitglieds berechnet, größere Sätze heraus, als bei uns. Das ist sehr leicht erklärlich. Die Mitgliedschaft im Buchbinderverband ist zu einem großen Teile aus den höchsten Sätzen bezugsberechtigt, was sich auch dem über 25-jährigen Bestehen im Gegensatz zu unserer Jugend leicht erklären läßt. Wenn wir vom rein materiellen Standpunkte sprechen wollen, dann bedeutet für den einzelnen nicht das, was für die Gesamtheit zur Auszahlung gelangte, der bessere Stützpunkt, sondern jene Sätze und Summen, welche laut Statut von jedem einzelnen Mitglied verlangt werden können und zur Auszahlung gelangen müssen, sind die beste Sicherheit. In Nr. 18 der Graphische Stimmen vom Jahre 1908 haben wir bereits eine diesbezügliche Gegenüberstellung gebracht und nachgewiesen, daß unser Verband höhere Unterstüngen gewährt, als der „Hegelschule“ sozialdemokratische Verband.

Das die Verwaltungskosten auf den Kopf des Mitglieds bei uns etwas höher nach der Berechnung der Buchbinderzeitung sind, geht daraus hervor, daß sie alle möglichen Kosten bei uns als Verwaltungskosten stampeln, dafür aber in ihrer eigenen Abrechnung so manche Summe in ein eigenes Mäntelchen kleidet. Würde sie sich dazu bequemen, ihre Verwaltungskosten nach dem gleichen System, wie sie es bei uns zu tun glaubte, zusammenzurechnen haben, dann wären auch bei ihrem Verbande weit höhere Kosten herausgekommen. Je größer der Verband, desto billiger stellen sich naturgemäß auch die Verwaltungskosten. Auch die „Wegener“ von Berlin würden an unserer Stelle nicht in der Lage sein, billiger zu wirtschaften.

Die in unserem Verbande von den Sozialisten ausgehenden Totalunterstüngen wurden bisher nicht bei den Unterstüngenarten mit angeführt, sondern sind unter dem Titel „Ausgaben der Jahrestellen“, mit eingeschlossen, wodurch die insgesamt geleisteten Unterstüngen nicht voll zur Geltung kommen.

Von den Rechenkunststücken und einigen Ausprüchen von Personen, die vollständig außerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung stehen und solche längst auch ausserdem mißbrachten haben, ausgehend versucht die „Buchbinderzeitung“ wie schon früher, auch heute noch die Behauptung aufzustellen, daß nur der „Buchbinderverband“ eine Existenzberechtigung habe. Demgegenüber können laut Tendenz des „Buchbinderverbandes“ nur sozialdemokratisch gesinnte Berufszugehörige in dieser Organisation ihr Ziel suchen. Christlich und national gesinnte Berufszugehörige können ohne inneren Widerspruch dem „Buchbinderverband“ nicht zugehören, weil derselbe eine ausgesprochene sozialdemokratische Arbeiterorganisation darstellt. Der „Buchbinderverband“ betreibt durch sein Verbandsorgan Parteipolitik, um alle Mitglieder zu vollwertigen Sozialdemokraten zu erziehen. Selbst die Religion wird stark verunglimpft, indem man über christliche Feste höhnt und spottet und diesen eine Auslegung gibt, die nur der materialistischen Weltanschauung zulagt und somit jenen, die eine wirtschaftliche Interessvertretung im „Buchbinderverband“ suchen und christlicher Gesinnung sind, auf das tiefste verletzen müssen.

Eine derartige Organisation erhebt Anspruch als alleinige Interessvertretung der Berufszugehörigen zu gelten und glaubt, mit Zahlen, die teils noch gefälscht sind, unserem Verbande die Existenzberechtigung abzuspüren. Die Schürung des Klassenhasses, die Bekämpfung jeder Religion, sowie die Verherrlichung aller sozialdemokratischen Maßnahmen bilden die Hauptprogrammunkte, mit denen man dort die Lage der Arbeiterchaft zu verbessern glaubt.

Der „Deutsche“ Buchbinderverband

liefert infolge seiner verkehrten Taktik im Jahre 1908 ein Schmeißel, wie auf Grund parteipolitischer Maßnahmen die Berufszugehörigen geschädigt und betrogen wurden. Der Dreißigstetarif, das bedeutendste Werk des „Buchbinderverbandes“ wurde weniger hoch eingeschätzt, als

Die sozialistische Waisfeier.

Trotzdem seitens der Arbeitergewerkschaften wiederholt dem roten „Buchbinderverband“ auf das entschiedenste angedeutet wurde, daß die Waisfeier als Kontraktbruch angesehen und die Tarifaufhebung und Aussetzung zur Folge habe, hat man den „Waisfeierfest“ festlich begangen und von der Spitze der Organisation sich

redlich bemüht, daß die Drohungen der Prinzipale keine Beachtung fanden.

Die Folge war eine

13-wöchige Ausperrung.

die den so „mächtigen Buchbinderverband“ zum Weibbluten brachte. Es mußten Extraktoren ausgeschrieben werden und die führenden Berliner Gewerkschaften vom Waisfeiertag, sie zogen hinaus in die Provinz und redeten den Mitgliedern vor, die Waisfeier sei nicht der Grund der Ausperrung, sondern im Arbeitgeberlager habe man längst einen derartigen Plan geschmiedet. Die damalige Koblerei wird am besten dadurch illustriert, wenn man die Haltung des „Buchbinderverbandes“ vom Jahre 1911 zur Waisfeier im Gegensatz zu jenen Auslassungen der „Buchbinderzeitung“ vor der großen Ausperrung von 1906 einander gegenüber stellt. Damals behandelte der Redakteur der „Buchbinderzeitung“ die Waisfeierfrage nicht in der gemühten Weise des Verbandsvorsitzenden und es entspann sich deshalb kein bestiger Streit zwischen dem Vorsitzenden und Redakteur. Dies hatte zur Folge, daß der mehr revisionistisch gesinnte Redakteur Schmitt, dem Radikalismus der Zeitung entgegen valet sagte und seinen Posten ausgab.

Der Ausgang der durch die Waisfeier heraufbeschworenen großen Ausperrung vom Jahre 1906 wurde auf dem Verbandstage in Nürnberg von dem Delegierten Venberich u. a. wie folgt glosiert:

Der Erfolg der Berliner, die sich auf 5 Jahre festgelegt haben, war tatsächlich eine moralische Niederlage, nicht nur für die gesamte Kollegenchaft, sondern in erster Linie für die Berliner selber. (Sehr richtig!) (t. Pr.) Es hat uns bitter weh getan, daß das Kapital, das wir im Laufe der Jahre angesammelt hatten, und das auf dem Dresdener Verbandstage für uns Provinzialer festgelegt werden sollte, auf diese Weise daraufging und daß wir noch sonstige Opfer bringen mußten, usw.

Selbst der Verbandsvorsitzende Herr Roth, dem es oblag, den Ausgang des Kampfes auf der Generalversammlung in ein möglichst günstiges Licht zu stellen, konnte nicht anders, als den Erfolg bescheiden zu nennen. Der Delegierte und heutige Beamte Kornacker, in Hannover, nannte die Provinzierung der Ausperrung durch die Waisfeier eine große Dummheit, ja gewissermaßen als ein Verbrechen am Verbands. Die Kosten der Ausperrung in den drei Städten betragen insgesamt 621.233,50 M., rechnet man den Lohnausfall hinzu, dann kann mit Bestimmtheit angenommen werden, daß die Kollegenchaft durch Rücknahme auf sozialdemokratische Programmpunkte, um über eine Million Mark geschädigt wurde.

Durch die Ohnmacht des geschlagenen Verbandes hatte die Prinzipalorganisation das Best in Händen und gestand nur ganz minimale Zugeständnisse und der sonst so großprechtige Verband war gezwungen, sich 5 Jahre vertraglich festzulegen.

In Nr. 32 von 1906 schreibt die Buchbinderzeitung selbst, Unbefriedigt wird ein jeder sein, dem der unterzeichnete Vertrag zu Gesicht kommt. . . . Sie (die Wortteile) sind die Opfer, die man ihnen gebracht, nicht wert.

Aber was dem Ganzen die Krone aufsetzt, ist der Umstand, daß der Ablaufstermin nicht wie bisher, zum Konjunkturanzug, festgelegt wurde, sondern in der schlechtesten Zeit für die Buchbinderbranche, den 1. Juli. Nur sind 5 Jahre verlossen und die Verhandlungen haben gezeigt, daß die Niederlage von 1906 eine weitere von 1911 gebracht hat. Mit mageren Zugeständnissen mußte man sich wiederum zufriedene geben und die Arbeiterchaft war nicht in der Lage, das Ergebnis abzulehnen, weil ihre Vertreter in Leipzig zum entgeltlichen Abschluß autorisiert waren und ein Kampf ebensolche „Ausflüchten“ wie 1906 eröffnet hätte.

Ihren Unmut über den Abschluß haben die Mitglieder des sozialdemokratischen Buchbinderverbandes in großen Versammlungen in Berlin, Leipzig und Stuttgart am 4. und 5. Juli kundgetan.

Folgende Resolution wurde in Berlin angenommen:

Die Versammlung hat mit Entrüstung Kenntnis von dem Tarifabschluß genommen. Sie bedauert lebhaft, durch Vergebung der Vollmacht an ihre Vertreter nicht in der Lage zu sein, den Tarif abzulehnen. Sie kann in dem Abschluß einen ihrer Lage entsprechenden Fortschritt nicht erblicken.

So sehen die „Siege“ des auf die Gesamtheit der Berufszugehörigen Anspruch erhebenden sozialdemokratischen Buchbinderverbandes aus. Schon in der rückliegenden 5-jährigen Tarifperiode wurde in so vielen Orten seitens der Prinzipale versucht, die gleiche Jahreszeit als Ablaufstermin festzulegen. Wenn dies auch durchwegs abgelehnt werden konnte, so wurden doch die Verhandlungen dadurch schädigend beeinflusst. Die Schwach von 1906, sie ist und bleibt ein Schandfleck des Buchbinderverbandes. Laut „Buchbinderzeitung“ Nr. 29 pro 1911 haben sich die Vertreter des Verbandes alle mögliche Mühe bei den Verhandlungen gegeben, den Ablaufstermin auf ein späteres Datum als den 1. Juli festzulegen, der ja in die laueste Zeit des Buchbinderhandwerks fällt. Aber seitens der Prinzipale wurde erklärt, daß für sie dieser Termin eine Errungenschaft des Kampfes vom Jahre 1906 sei, die sie sich nicht auf anderem Wege als durch einen neuen Kampf, entreißen lassen würden.

Niemals können christlich und national gesinnte Berufszugehörige ohne inneren Widerspruch einem derartigen parteipolitischen, sozialdemokratischen Verbande angehören. Sehen wir unsere ganze Kraft ein, damit nicht

durch Brutalität und Lüge die nicht sozialistisch denkenden noch abseits stehende Buchbindereiarbeiterchaft ins sozialistische Lager verführt wird, sondern sorgen wir dafür, daß sie der ihrer Ueberzeugung in jeder Hinsicht gerecht werdenden Organisation dem Graphischen Zentralverband beitreten.

Vorbewegungen.

Die Tarifverhandlungen der Lithographen und Steinbrucker in Ostra sind gescheitert und beginnt somit der Ausstand dortselbst.

Die Anerkennung des 3-Städterarfs verzücht insbesondere in bezug auf die Einführung der verkürzten Arbeitszeit Schwierigkeiten. Der Deutsche Buchdruckerverein, die Organisation der Buchdruckerbesitzer, hat sich noch nicht zur Anerkennung des Tarifvertrags bereit erklärt, sondern mitgeteilt, daß er vorläufig eine abwartende Stellung einnehme, bis eine am 17. Juli stattfindende Versammlung über die Annahme oder Ablehnung des Vertrags entschieden habe.

Am 13. Juli fand in den Arminshallen in Berlin eine starkbesuchte Versammlung der in Buchdruckerien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt, welche beschloß, daß falls keine Annahme des Vertrags bis zum 18. Juli erfolge, der Ausstand zu gleicher Zeit proklamiert würde. Nach dem Berichte des Bevollmächtigten Würzberger vom „Buchbinderverband“, soll der Vertrag erst von 30 Firmen, darunter 18 Buchbindereien, anerkannt sein. Von verschiedenen einzelnen Buchdruckerien sei der Abschluß eines Sondervertrags versucht worden, welcher noch ungünstigere Positionen enthalte.

Folgende Resolution fand Annahme:

„Die heute am 13. Juli in den Arminshallen tagende Versammlung der in den Buchdruckerien beschäftigten Buchbinder und Bucharbeiterinnen nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von der Weigerung einer großen Reihe von Buchdruckerbetriebsinhabern, die mit dem Verband der Buchbinderbesitzer abgeschlossenen Vereinbarungen anzuwenden. Die Versammelten erklären auf das bestimmteste, mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dafür zu sorgen, daß der neue Tarif in allen seinen Einzelheiten auch in den Buchdruckerien Eingang findet, ohne daß bestehende bessere Verhältnisse dabei ausgeschaltet werden. Sollten wider Erwarten die Arbeitgeber sich weigern, dem nachzukommen, so erklären sich die Versammelten bereit, durch eine allgemeine Arbeitsniederlegung das ihnen Zuführende zu erzwingen. Die in der Diskussion zum Ausdruck gekommene Anregung, mit den Druckerbesitzern gesondert abzuschließen, wurde von der Leitung beseitigt.“

Wir können also auch hier wieder sehen, daß einzig und allein die schlechte Ablaufzeit den Grund zu den Differenzen bildet. Die 1906 durch den sozialdemokratischen Verband herbeigeführte Zwangsaktion, wird noch manche schwere Nachstelle im Vorwärtskommen der Buchbindereiarbeiterchaft auslösen.

Vom dem Verein Berliner Buchdruckerbesitzer ist folgendes Zirkular versandt worden:

An unsere Mitglieder!

In einer Anzahl Druckerien sind am heutigen Tage die Buchbinderpersonalen mit der Forderung herantreten, den seit dem 1. Juli gültigen Buchbinderarif anzuwenden. Dieser Tarif enthält namentlich bezüglich der Arbeitszeit, besonders für die Betriebe mit durchgehender Arbeitszeit, so einschneidende Bestimmungen, daß wir unseren Kollegen nur raten können, zunächst eine abwartende Stellung einzunehmen und den etwaigen Bescheid an das Personal zu vertragen bis nach unserer am 18. Juli stattfindenden Versammlung, für welche Sie die Einladung beiliegend finden. Wir wollen nicht verfehlen, darauf aufmerksam zu machen, daß der Buchbinderarif allerdings nur Stundenlöhne in sich schließt und daß damit die Feiertagsbezahlung der Buchbinder entfällt.

Nicht genug, daß der Abschluß mit dem Verein Deutscher Buchbinderbesitzer ein sehr magerer ist, besteht nun wie aus dem obigen Zirkular hervor geht die Pflicht, bestehende Feiertagsbezahlung aufzugeben und dafür Stundenlöhne einzusetzen. Also statt geringe Verbesserungen anzuerkennen, drohen gewissermaßen Verschlechterungen.

Mundschau.

Der Berliner Maschinenmeisterstreik.

Die Zeitungs-Rotationsmaschinenmeister der Firma August Scherl & Co. hatten am 16. Juni unter wiederholtem Kontrakt- und Tarifbruch die Arbeit niedergelassen. Veranlassung war angeblich ein Urteil der obersten Schiedsinstanz im Buchdruckergerichte. Trotz stundenlangem Verhandeln und weitem Entgegenkommen der Firma Scherl, sowie der Tariforgane und Leitung des Buchdruckerverbandes haben die Maschinenmeister darauf bestanden, daß zwei durch Urteil des Tarifamtes entlassene Maschinenmeister wieder eingestellt werden sollten. Als dem nicht entsprochen wurde, haben 37 Maschinenmeister der Firma Scherl die Arbeit eingestellt. Da die Firma Scherl, Illkstein und Masse ein Uebereinkommen getroffen haben, in Konfliktfällen sich gegenseitig auszuheilen, erklärten sich die beiden letzteren bereit, der Firma Scherl zur Seite zu stehen und den Druck, der in Frage gestellten Nummern des Lokalanzeigers zu übernehmen. Dies lehnten aber die Rotationsmaschinenmeister der genannten Firma ab. Auch das Hilfspersonal der drei Firmen lehnte den Druck des Lokalanzeigers ab. Die Folge davon war, daß die Firmen Masse und Illkstein sich mit der Firma

Scherl solidarisch erklärten und ihre Zeitungen nicht erscheinen ließen. Das Personal konnte gehen. Jetzt entstand eine Zeitungsnot in Berlin. Da die genannten Firmen folgende Zeitungen herausgeben: „Die Berliner Morgenpost“, „Das Berliner Tageblatt“, „Der Berliner Lokalanzeiger“, „Den Tag“, „Die Berliner Allgemeine Zeitung“, „Die Berliner Morgenzeitung“, „Die Volkszeitung“, „Die B. Z. am Mittag“, „Die Berliner Abendpost“ und „Die Berliner Abendzeitung“ mit fast 1 1/2 Millionen Abonnenten.

Eine Versammlung der Ausschüßigen der 3 Firmen befahte sich mit den Vorformnissen und da die Radikalen die Uebermacht hatten, soll es sehr stürmisch zugegangen sein. Die Segler und Drucker der verschiedensten Druckereien sandten Sympathiebekundungen, welche gelesen und mit stürmischem Beifall aufgenommen wurden. Bei vielen Firmen legten die Vertrauensmänner und Kassierer ihre Kämmer nieder. Den Seglern und Stereotypsetzern der 3 Firmen wurde es verübelt, daß sie sich nicht mit den Ausschüßigen solidarisch erklärten. Nachdem wurde in verschiedenen anderen Versammlungen standaliert und die Führer wurden mit allen möglichen Schmeicheln beehrt, soweit sie das Urteil für Recht fanden. Die Mahnungen der Zentralvorstandsmitglieder des Buchdruckerverbandes Schaffer und Braßmann wurden durch Zwischenrufe wie „raus“, „runter von der Bühne“, „put“ usw. gestört.

Der Konflikt wurde schließlich wie folgt beendet:

Die Maschinenmeister mußten förmlich bitten, um überhaupt wieder eingestellt zu werden. Die 2 entlassenen Vertrauensmänner des Buchdruckerverbandes werden nicht wieder eingestellt, außerdem mußten weitere 7 Maschinenmeister auf der Strecke bleiben. Die Berliner Radikalen werden wohl heute auch anders über den Vorfall denken. Es ist zu begrüßen, daß der Konflikt keine weiteren Kreise zog und es dem Verbandsvorstand unter Mitwirkung des Tarifamtes gelang, den Konflikt beizulegen. Die Segler des Tarifvertrages arbeiten aber mit starker Propaganda gegen den weiteren Abschluß solcher Verträge.

Der Berliner Zeitungstreik hat eine Konferenz der Gewerkschafter des Buchdruckerverbandes zur Folge gehabt, deren Ergebnis von den Buchdruckern verworfen wurde. Dadurch daß der Streik im Buchdruckerverbande eine neue scharfe Zuspitzung erfuhr. Die Gewerkschafterkonferenz hatte einstimmig eine Resolution gefaßt, in welcher der Berliner Tarifbruch auf das schärfste verurteilt wurde, ferner auch die Solidaritätsklärung der Vertrauensleute durch Niederlegung von Vertrauensämtern zugunsten der Tarifstreiker durchaus mißbilligt, und welche die Einmischung der sozialdemokratischen Presse entschieden zurückwies. Wenn die sozialdemokratischen Buchdrucker Berlins diesem Beschluß der Gewerkschafterkonferenz ausdrücklich die Anerkennung versagen und in allen wichtigen Einzelheiten sich auf den schablonenhaften Standpunkt stellen, so können sie sich damit offen gegen die Verbandsleitung aufstellen.

Die Anarchosozialisten geben sich große Mühe, um die Berliner Buchdrucker in ihrem Radikalismus zu erhalten. Ihr Organ „Die Einigkeit“ verherrlicht in einer langen Meinerei die Tarifstreiker und schließt mit der nachstehenden Bemerker:

„Die an der Spitze eures eignen Heeres, und wieder die, die eure Rechte hüten sollen, Verrietten euch! Noch kennen wir den Kaufpreis nicht: Ist's Ehr, ist's Eitelkeit und Blödsinn? Doch eines wissen wir bestimmt: Verraten hat man euch, verraten. Zum Unternehmer sind sie hingelaufen, ein Hurndschädel auf den feilen Zügen und bittschön, bittschön Nüchtlig ausgeprochen. So ging der Kampf, der frische, aus... Was ist zu tun? In früheren Jahren und milden Zeiten hieß es laut: Verräter müssen an den Galgen! Das Brandmal jedem ins Gesicht! Das ist vorbei. Doch menschlich denken, heißt wohl immer noch: Verachtet die Verräter: werdet mündig!“

Allem Anschein nach wird der Streit noch viel Staub aufwirbeln.

Hilfsarbeiterstreik und Lohnzahlungspflicht.

In einem Steinbruckerbetrieb (Aktien-Gesellschaft), in welchem, wie üblich, die Steinbrucker mit 14 tägiger Kündigung, die Hilfsarbeiter dagegen mit Kündigungsausschluß beschäftigt wurden, traten die Hilfsarbeiter mit dem Verlangen nach einer Lohnverbesserung hervor. Als die Lohnverbesserung verweigert wurde, traten sie gegen die ausdrückliche Anordnung ihrer Organisation in den Ausstand, und die Firma konnte, da ihr trotz aller Bemühungen die Heranziehung anderer Hilfsarbeiter unmöglich war, und die Steinbrucker ohne Hilfsarbeiter nicht arbeiten können, auch ihre Steinbrucker während der Dauer des sechs Tage währenden Streiks nicht beschäftigen. Fünfunddreißig Steinbrucker klagten daraufhin vor dem Gewerbegericht zu Reinickendorf auf Lohnentschädigung, wurden aber mit der Begründung abgewiesen, daß ihre Arbeitsleistung „infolge eines Umstandes unmöglich geworden sei, den die Arbeitgeberin nicht zu vertreten habe“ und infolgedessen gemäß § 323 B. G. B. der Anspruch auf Lohnentschädigung erlosche. In der Berufsunstanz am Berliner Landgericht III machten die Steinbrucker geltend, daß auch der Streik der Hilfsarbeiter einen vom Arbeitgeber zu vertretenden Umstand darstelle. Dies wurde von der Arbeitgeberin bestritten und noch besonders unter Beweis gestellt, daß die Arbeitgeberin nach der allgemeinen und ihrer speziellen Geschäftslage keinen höheren Lohn habe bewilligen können, und daß der Streik auch deswegen unermittlich gewesen sei, weil die Hilfsarbeiter alle Verhandlungen abgelehnt und sofort die Arbeit niedergelegt hätten. Das Landgericht III zu Berlin hat durch Urteil vom 8. Mai et., ohne auf die Beweisangebote einzugehen, die Arbeitgeberin zururteilt.

Das Kartell deutscher Tapetenfabrikanten

hat am 5. Juli den Landtagsabgeordneten Max Langhammer in Chemnitz die Geschäftsleitung des

Kartells übertragen. Das Kartell setzt sich zusammen aus den Mitgliedern des Vereins deutscher Tapetenfabrikanten und den jetzigen Besitzern der früheren Werke der deutschen Tapetenindustrie A. G. (Ziag).

Die bisher zur Tapetenindustrie A. G. gehörige Tapetenfabrik von Engelhard und Schlu in Weisel wurde von der Ziag getrennt und in eine besondere Aktiengesellschaft unter der Firma Rheinische Tapetenfabrik umgewandelt.

1. **Wälz. Buchbinderei-Ausstellung Kaiserlautern.** Unter dem Protektorat Sr. Excellenz des kgl. Regierungspräsidenten der Pfalz, wird am Sonntag, den 2. Juli, in den Räumen des Wälz. Gewerbemuseums die 1. Wälz. Buchbinderei-Ausstellung eröffnet. Gleichzeitig ist mit ihr verbunden eine Ausstellung deutscher Kunst-Buchbinderei-Arbeiten der Gegenwart und Vergangenheit, sowie eine Ausstellung moderner Buchbinderei-Maschinen, Werkzeuge und Materialien. Die Dauer der Ausstellung ist bis 18. August vorgelesen.

Bekanntmachungen des Zentral-Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 29. Wochenbeitrag pro 1911 fällig.

Bei der Einbindung der Karten behufs Auslieferung von Mitgliedsbüchern wird meistens vergessen, anzugeben, für die wieweilige Woche die letzte Beitragsumme geleistet ist. Wir ersuchen, dem künftigen gewissenhaft Rechnung tragen zu wollen. Bei Aufnahme von Zeitungen dürfen nicht die für Mitglieder bestimmten Karten verwendet werden, sondern die Aufnahmehefte sind an die Zentrale einzuliefern und es wird von da eine eigene Zeitungsliste ausgefertigt.

Die Vorstände, Revisoren und Bezirksleiter werden ersucht, auf sofortige Berechnung zu drängen. Verschiedene Jahrestellen kommen immer erst nach wiederholter Aufforderung der monatlichen, sowie quartalsweisen Auslieferung der Karten für das Kaiserlich statistische Amt nach. Wir bitten, in Zukunft die Termine abseits pünktlich einzuhalten, damit die unnötigen Postkosten erspart bleiben.

Der Zentralvorstand J. A.: Hornbach.

Bei der Zentralkasse gingen für das 2. Quartal bis 17. Juli 1911 Gelder und Abrechnungen ein: Diejen, Donauwörth, Rempten, Krefeld, Freising, Offen und Habelschwerdt.

Peter Hoppers, Zentralkassierer.

Versammlungs-Kalender.

Versammlungen finden statt:

- Augsburg.** Jeden 2. Samstag im Monat im Vereinslokal der Christl. Gewerkschaften.
- Barmen.** Jeden 1. Samstag im Monat, abwechselnd im Restaurant Vogel, Köbigerstr. 16 in Barmen und Rest. Wilms, Ludwigstr. 31 in Elberfeld. Nächste in Barmen.
- Bonn.** Jeden letzten Montag im Monat, abends 7 Uhr, im Lokale Wianber, Clemens Auguststr.
- Berlin.** Mittwoch, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Deuter Köpenickerstr. 62.
- Bielefeld.** Jeden 1. Freitag im Monat im Christl. Gew.-Haus bei Debour, Gersforderstr. 84. Anfang 8 Uhr.
- Diesfen.** Jeden 1. Samstag im Monat, Gasthaus Neue Post.
- Donauwörth.** Jeden 1. Samstag im Monat im Vereinslokal Karl Köhner, Scharfes Ed.
- Düsseldorf.** Samstag, den 22. Juli, Versammlung mit Vortrag. Alle erscheinen.
- Essen.** Dienstag, den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Verbandslokal Alfreduhaus, Frohnhauserstr.
- Frankfurt.** Jeden 1. Dienstag im Monat im Rechnerial, Langestraße.
- Gögen.** Samstag, den 22. Juli, 8 1/2 Uhr bei W. Glöckler, Köpferstr.
- Köln.** Samstag, den 22. Juli im Vestel.
- Leipzig.** Sonntag, den 28. August der Jugendbildung vom Kartell. 2 Uhr Treffpunkt am Mühlentplatz.
- Donnerstag, den 27. Versamm.** im Mariengarten, 9 Uhr abends. Näheres durch Einladung.
- München.** Samstag, den 29. Juli, im Wiesmayer Garten, Schillerstr. 16. Volljähriges Erscheinen erwünscht.
- Münster.** Samstag, den 22. Juli bei Stegmann, Clemensstr. Volljähriges Erscheinen Ehrenpflicht.
- N.-Glabbech.** Jeden ersten Samstag im Monat im Lokale v. d. Willde abends 8 1/2 Uhr.
- Paderborn.** Jeden 2. Montag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Pilsnhaus (Wasserwerk 1).
- Regensburg.** Jeden 2. Samstag im Monat in der Jalousiergasse.
- Strasbourg.** Jeden letzten Samstag im Monat im Verbandslokal Mundener Hof.
- Stuttgart.** Jeden Montag nach Erscheinen der Zeitung, abends 8 Uhr, im Lokale zum „Römischen König“ Hofstraße 3, 1 Treppe.
- Sülich.** Sonntag, den 23. Juli, nachmittags 6 Uhr im Saale des Herrn Lambert Fink, Zentralvorstandes Hornbach.
- Würzburg.** Am Dienstag, den 25. Juli.

Verantwortlich: J. Hornbach-Köln, Palmstraße 14. Köln-Chrenfelder Handelsdruckerei, Marast. 9.